



# VERANTWORTUNG FÜR KARLSRUHE

„Wir tragen Verantwortung für Karlsruhe und stellen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt unserer Arbeit.“ Mit diesen Worten bilanziert die SPD-Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger die Arbeit der sozialdemokratischen Stadträtinnen und Stadträte im Karlsruher Gemeinderat.

Besonders seit dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Frank Mentrup (SPD) trage die SPD-Fraktion noch mehr Verantwortung für die Fächerstadt: „Die SPD-Fraktion sieht sich dem neuen Oberbürgermeister in besonderer Weise verpflichtet. Eine starke SPD-Fraktion im Gemeinderat garantiert, dass der Oberbürgermeister seine Ziele durchsetzen kann. Mehr Geld für Schulen und Kitas, mehr Bürgerbeteiligung sowie eine moderne Wirtschaftspolitik und eine hohe Lebensqualität, dafür setzen wir uns gemeinsam mit dem OB ein.“ Bereits im letzten Jahr sei dabei in kurzer Zeit gemeinsam viel für Karlsruhe erreicht worden, betont die SPD-Fraktionsvorsitzende: „Es geht voran in unserer Stadt.“ Dabei nennt Doris Baitinger konkrete Beispiele für die beeindruckende Bilanz:

### Kombilösung umsetzen:

- Alpine-Pleite bewältigt
- Bauzeitverzögerung aufgeholt
- volle Kostentransparenz für die Bürger

### bezahlbarer Wohnraum:

- 6 Millionen Euro Förderpaket der Stadt
- Volkswohnung legt Bauprogramm auf
- Investoren werden zum Bau von günstigen Wohnungen verpflichtet

### bessere Bildungspolitik:

- neue Gemeinschaftsschulen auf Wunsch der Eltern in Oberreut und Mühlburg geschaffen

### mehr Lebensqualität:

- kostenloser Internetzugang auf öffentlichen Plätzen ab Sommer 2014
- mehr Personal für Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt eingestellt

### neues Wildparkstadion:

- jahrelange Debatte um Standort für das neue Stadion beendet

### modernes Karlsruhe:

- mehr Geld für Integrationsprojekte
- erfolgreicher Stopp des Nazi-Aufmarsches im Mai 2013



**Karlsruhe braucht Verlässlichkeit**

von Doris Baitinger  
Vorsitzende der SPD-Fraktion

Mit 55 Prozent der Stimmen wählten die Karlsruherinnen und Karlsruher 2012 Frank Mentrup zu unserem Stadtoberhaupt.

Seitdem packt der neue OB vieles an, was liegen geblieben war: Kostentransparenz bei der Kombilösung, mehr Geld für Bildung, Betreuung und Integration sind die Stichworte!

Doch Frank Mentrup braucht eine verlässliche Mehrheit im Gemeinderat. Denn die CDU (derzeit noch stärkste Fraktion) entwickelt sich zu einer „Nein“-Partei: „Nein“ zu den von den Eltern gewünschten neuen Gemeinschaftsschulen. „Nein“ zum verpflichtenden Bau von günstigen Wohnungen in der Stadt. Die SPD-Fraktion stellt dagegen Sacharbeit in den Mittelpunkt.

Wir wollen gemeinsam mit OB Mentrup und über Parteigrenzen hinweg für Karlsruhe arbeiten. Karlsruhe braucht Verlässlichkeit statt Populismus im Gemeinderat. Dafür steht die SPD-Fraktion.

Erfolgreiche Initiative der SPD-Gemeinderatsfraktion

## Kostenlos ins Internet: „KA-WLAN“ startet im Sommer



Der Gemeinderat hat auf Initiative der SPD-Fraktion entschieden, zum Aufbau des Projekts „KA-WLAN“ 100.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Das „KA-WLAN“ soll ab dem Sommer 2014 einen kostenfreien Internetzugang an vielen öffentlichen Plätzen in der Karlsruher Innenstadt ermöglichen, um eine höhere Aufenthaltsqualität für die Bürger zu erreichen. Eine Besonderheit stellt dabei die Kooperation der Stadt mit

dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) dar. Nach einem campuseigenen W-LAN unterstützt das KIT das Projekt „KA-WLAN“, um zusammen mit der Studenten- und Wissenschaftsstadt Karlsruhe den Ausbau eines „Bildungsnetzes“ zu fördern. Mit dem Zugriff auf das W-LAN des KIT könnte auch ein Zugang zum weltweiten „EduRoam“ ermöglicht werden. „Ein solcher Zugang würde es Studierenden und Mitarbeitern aller beteiligten Institutionen möglich machen, auch in der Karlsruher Innenstadt auf ein weltweites Bildungsangebot zugreifen zu können“, erklärt Stadtrat Michael Zeh.

Die SPD-Fraktion ist stolz, dass Oberbürgermeister Mentrup das Projekt „KA-WLAN“ so schnell auf den Weg gebracht hat und damit die Initiative der SPD-Fraktion so schnell umgesetzt wird: „Auch in diesem Punkt hat OB Frank Mentrup Stillstand beseitigt und ein sehr gutes Ergebnis erzielt.“



### „Kostenloses WLAN schafft mehr Lebensqualität in Karlsruhe.“

Michael Zeh, SPD-Stadtrat

## Stephanplatz bleibt erhalten

Der Karlsruher Stephanplatz bleibt erhalten. Das stellt die SPD-Fraktion klar. Stadtrat Michael Zeh erklärt: „Oberbürgermeister Frank Mentrup hat bereits mehrmals öffentlich erklärt, dass der Stephanplatz erhalten bleibt. Anderslautende Unterstellungen sind unwahr.“ Besonders ärgerlich findet die SPD-Fraktion, dass trotz der klaren Aussage der Stadtverwaltung weiter Unterschriften gesammelt werden: „Mit einer solchen Aktion wird die Bevölkerung wider besseren Wissens verunsichert“, so Michael Zeh.

## Weg für Hanne-Landgraf-Platz frei

Der Weg für die Umbenennung des „Platz am Wasserturm“ in „Hanne-Landgraf-Platz“ ist frei. Der von der Umbenennung betroffene Investor signalisierte nach weiteren Gesprächen seine Zustimmung. SPD-Stadträtin Angela Geiger freut sich darüber: „Hanne Landgraf war viele Jahre Mitglied des Gemeinderates, Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt. Es ist schön, dass wir die Erinnerung an unsere Ehrenbürgerin mit dieser Umbenennung wach halten.“ Im Jahr 2014 jährt sich der Geburtstag von Hanne Landgraf auch zum 100. Mal.

SPD-Fraktion unterstützt Stadion-Plan von OB Frank Mentrup

# Zeit zu handeln: Karlsruhe braucht ein neues Stadion



Seit Jahrzehnten wird in Karlsruhe über den Bau eines neuen Fußballstadions diskutiert.

Die SPD-Fraktion vertrat über viele Jahre durchgehend eine Position: Karlsruhe braucht ein neues Fußballstadion und der beste Ort dafür ist der Traditionsstandort im Wildpark.

Nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt schaffte es Oberbürgermeister Frank Mentrup, den Wildpark als Standort für das neue Stadion durchzusetzen.

SPD-Stadtrat Dr. Heinrich Maul erinnert sich: „Wäre es nach der SPD gegangen, dann würde der KSC schon heute in einem neuen Stadion auflaufen. Aber andere Fraktionen im Gemeinderat haben immer wieder unrealistische und teure Standorte ins Gespräch gebracht.“ Dass inzwischen die große Mehrheit des Gemeinderates den Wildpark als Standort anerkennt, ist für Heinrich Maul deshalb ein wichtiger Schritt. „Das ist das Verdienst

von Oberbürgermeister Frank Mentrup. Er hat alle Beteiligten an einen Tisch gebracht und die Standortdebatte beendet.“ Eine Sanierung des maroden Wildparkstadions lehnt die SPD-Fraktion ab. Heinrich Maul dazu: „Es wäre völlig unverantwortlich, mehrere Millionen Euro für eine Verschlimmbesserung der Situation zu verschleudern. Wir brauchen einen Neuanfang im Wildpark.“

Die SPD-Fraktion geht auch davon aus, dass eine Mehrheit der Karlsruher Bevölkerung für einen Neubau ist: „Allein in einer Woche wurden bereits über 10.000 Unterschriften für den Neubau gesammelt. Das spricht Bände“, so Heinrich Maul. Auch die Finanzierung des Stadions ist aus Sicht der SPD leistbar. „Karlsruhe ist eine wohlhabende Stadt. Wir können und müssen gleichermaßen in Infrastruktur, Kultur und Sport investieren“, sagt Heinrich Maul.

## SPD-Fraktion traf KSC-Supporters

Über den Neubau des Wildparkstadions diskutierte die SPD-Gemeinderatsfraktion auch mit Vertretern des KSC-Fandachverbandes „Supporters“. Dabei wurden viele Gemeinsamkeiten festgestellt. „Die KSC-Fans wollen genau wie die SPD-Fraktion ein neues Stadion“, sagt die SPD-Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger. Die SPD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Fans auch weiterhin in die Planungen für das neue Stadion eingebunden werden. „Wir werden darauf achten, dass das neue Wildparkstadion eine Fußballarena für die Fans wird“, kündigt Dr. Heinrich Maul an. Dazu zählen für die SPD zum Beispiel eine ausreichende Zahl von Stehplätzen und Räumlichkeiten für den Fan-Dachverband im Stadion.

„Das neue Wildparkstadion wird Tradition und Zukunft miteinander verbinden.“

Dr. Heinrich Maul, SPD-Stadtrat



# SPD-Idee zum Stadtgeburtstag: Tausende Tulpen sollen blühen

300.000 Tulpen für den Stadtgeburtstag 2015. Mit dieser Idee will die SPD-Gemeinderatsfraktion der Fächerstadt ein blühendes Geschenk zum Stadtjubiläum machen. Nach dem Motto „Mitdenken, Mitgestalten und Mitmachen“ ruft die Stadt bereits seit 2010 seine Bürgerinnen und Bürger auf, sich mit eigenen Ideen und kreativen Vorschlägen für diesen Anlass zu engagieren. Dies greift die SPD-Fraktion auf und schlägt vor, in einer Mitmach-Aktion die Stadt mit Tulpen zu bepflanzen. Unter dem Titel „Karlsruhe blüht auf“ soll jeder Bürger, der sich beteiligen möchte, eine der 300.000 Tulpenzwiebeln erhalten. Diese können dann an ausgewählten öffentlichen Flächen in der ganzen Stadt gepflanzt werden.

„Mit Hilfe der Bürgerschaft wird die Stadt so mit vielen blühenden Tulpeninseln zum Stadtgeburtstag im nächsten Jahr einladen können“, sagt Stadträtin Gisela Fischer.

Wird die Tulpen-Idee der SPD umgesetzt, dann ist sie nur eine von hunderten Aktionen im Rahmen des Stadtgeburtstages. Denn der Stadtgeburtstag soll dafür genutzt werden, für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ein großes Angebot an

Veranstaltungen und Festlichkeiten zusammenzustellen. So wird vor allem der „Festivalsommer“ mit Beginn am 17. Juni, dem eigentlichen Stadtgeburtstag, viele kulturelle Darbietungen für die Bürgerschaft bereithalten.

Gleichzeitig sollen viele kreative Ideen der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden. So wird es zum Beispiel ein stadtteilübergreifendes Filmprojekt geben, das unter dem Titel „My bloxx- Film' dein Viertel“ einen filmischen Querschnitt der Stadt zusammenstellen soll. Ebenso soll eine Idee umgesetzt werden, bei der unter dem Namen „Stadtlichter“ im September alle Lichter in den Karlsruher Straßen ausgeschaltet werden, um diese durch Projektionen zu ersetzen.

Diese und viele weitere Projekte sollen aber nicht nur für die Bürgerschaft selbst organisiert werden, sondern vor allem auch Gäste aus Nah und Fern nach Karlsruhe locken.

„Gerade deswegen wäre auch die Stadtbepflanzung eine schöne Sache. Wir könnten alle Besucher mit einer blühenden Fächerstadt Willkommen heißen“, sagt Gisela Fischer.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion ist sich sicher, dass der Stadtgeburtstag eine positive Werbung für Karlsruhe sein wird und die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt weiter erhöht. Gisela Fischer: „Der Stadtgeburtstag soll zu einem unvergesslichen Fest für alle Karlsruher werden. Dafür arbeiten wir.“



„Der Stadtgeburtstag soll  
zu einem unvergesslichen Fest  
für alle Karlsruher werden.“

Gisela Fischer, SPD-Stadträtin

## Rheinbrücke: CDU gegen Karlsruhe

„Ingo Wellenreuther ist der Cheflobbyist einer verheerenden Verkehrspolitik, die Karlsruhe schadet.“ Mit diesen Worten kommentiert Doris Baitinger die jüngsten Aktivitäten des CDU-Abgeordneten. „Anstatt mit dem Karlsruher Oberbürgermeister und der Mehrheit des Karlsruher Gemeinderates an einem Strang zu ziehen und für eine Ersatzbrücke zu werben, bastelt Wellenreuther weiter an dem Bau einer zweiten Rheinbrücke.“ Die gegenwärtige Planung der Brücke würde zu einem Verkehrsinfarkt auf der Karlsruher Südtangente führen, warnt Doris Baitinger.

## „Altglas-Chaos“ in der Kritik

Nach vielen Beschwerden aus der Bürgerschaft über überfüllte Altglascontainer zum Jahreswechsel griff die SPD-Fraktion das Thema mit einer Anfrage auf. „Die Stadt muss in Zukunft gegen das Altglas-Chaos vorgehen. Weihnachten, Silvester und Karneval gibt es jedes Jahr. Karlsruhe muss doch in der Lage sein, sich auf zusätzliches Altglas an diesen Festen einzustellen“, sagt SPD-Stadträtin Elke Ernemann. Die Stadt will jetzt die Situation verbessern.

Neue Gemeinschaftsschulen, mehr Ganztagesangebote

# Moderne Schulen für ein modernes Karlsruhe



Bild: © dpa/picture alliance

Die SPD-Gemeinderatsfraktion setzt sich für ein vielfältiges und starkes Bildungsangebot in Karlsruhe ein. „Wir orientieren uns dabei immer an den Wünschen der Eltern, den Bedürfnissen der Kinder und am fachlichen Rat unserer Pädagogen“, sagt SPD-Stadträtin Yvette Melchien. Als Beispiel nennt sie die mittlerweile drei Karlsruher Gemeinschaftsschulen: „Die Gemeinschaftsschulen in Grötzingen, Mühlburg und Oberreut richtete der Gemeinderat auf Antrag der Eltern, Lehrer und Schüler ein. Nichts wird von oben verordnet. Unsere Bildungspolitik richtet sich nach den Wünschen der betroffenen Menschen.“

Mittlerweile können sich die zwei bestehenden Gemeinschaftsschulen in Grötzingen und Mühlburg vor Anmeldungen kaum retten, ein ähnlicher Ansturm wird auf die neue Anne-Frank-Gemeinschaftsschule in Oberreut erwartet. Bei aller Begeisterung für neue

Schulformen vergisst die SPD nicht die anderen Schulformen, betont Yvette Melchien: „Wir stehen zu unseren städtischen Gymnasien, unseren Real- und Hauptschulen, sowie zu den beruflichen Schulen in der Stadt.“

Ein besonderes Augenmerk richtet die SPD-Gemeinderatsfraktion auf den Ausbau von Ganztagesangeboten. „Wir werden die Zahl der Ganztagesesschulen weiter erhöhen. In den nächsten Jahren werden auch viele weitere Grundschulen auf Ganztagesbetrieb umstellen. Das ist wichtig für viele Familien, denn nur mit einer verlässlichen Ganztagesbetreuung lassen sich Familie und Beruf unter einen Hut bringen.“

„Bildung kostet Geld.  
Keine Bildung kostet die Zukunft.“

Yvette Melchien, SPD-Stadträtin

## IMPRESSUM

Herausgeber:  
SPD-Gemeinderatsfraktion  
Karlsruhe, Hebelstraße 13,  
76133 Karlsruhe.  
Tel. 0721/29290  
E-Mail:  
spd@fraktion.karlsruhe.de

V.i.S.d.P.:  
Doris Baitinger

Redaktion und Layout:  
Christian Eheim



# Die Gesundheit geht vor

von Jürgen Marin

Das städtische Klinikum bleibt ein unverzichtbarer Teil der Karlsruher Krankheitslandschaft. Die SPD-Gemeinderatsfraktion will auch in Zukunft die Qualität unseres städtischen Krankenhauses sichern. Deshalb unterstützt die SPD Investitionen in den Neubau des Betten- und Funktionsgebäudes, des Institutionenzentrums und der Krankenhausküche. Im Zusammenspiel mit den anderen Krankenhäusern in Karlsruhe soll unser städtisches Klinikum weiterhin eine Maximalversorgung für die Menschen vor Ort sicherstellen.

Leider machen die verantwortlichen Bundespolitiker in Berlin seit Jahren ihre Hausaufgaben bei der Finanzierung der Krankenhäuser in Deutschland nicht: Für Hygienemaßnahmen in den deutschen Krankenhäusern gibt es beispielsweise noch immer zu wenig Geld. Bis zu einer Million Menschen stecken sich deshalb jedes Jahr in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen mit gefährlichen multiresistenten Erregern an. Diese Erreger sind besonders widerstandsfähig und können mit herkömmlichen Antibiotika nicht bekämpft werden. Hohe Hygienestandards sowie Schulungen für Krankenhauspersonal

und Pflegekräfte sind notwendig, um die gefährlichen Keime in den Griff zu bekommen.

Der Untätigkeit von Bundesregierung und Bundestag wollten die verantwortlichen Politiker in der Region Karlsruhe nicht zusehen und nahmen das Heft des Handelns selbst in die Hand. Mit Unterstützung der SPD-Fraktion gründeten Stadt und Landkreis Karlsruhe gemeinsam ein eigenes Bündnis zur Bekämpfung von multiresistenten Erregern: Das MRE-Netzwerk. Durch die regelmäßige Zusammenarbeit mit allen maßgeblichen Krankenhäusern, vielen Pflegeeinrichtungen und niedergelassenen Ärzten konnte der Patientenschutz in der Region Karlsruhe deutlich verbessert werden. In unserer Region sind deshalb weniger Menschen an multiresistenten Erregern erkrankt als im Bundesdurchschnitt! Eine Finanzierung solcher Aufgaben durch die Städte und Gemeinden kann aber auf Dauer keine Lösung sein. Wir werden deshalb auch die Bundestagsabgeordneten aus Karlsruhe weiter dazu auffordern, dass der Bund seiner Verantwortung nachkommt.

Das Beispiel der multiresistenten Erreger zeigt, wie wichtig eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge für die Gesundheit der Menschen ist. Dafür steht die SPD-Fraktion auch in allen anderen Bereichen, in denen eine starke öffentliche Hand die Gesundheit der Menschen schützt und fördert: Gesundes Mittagessen in Schulen und Kitas, sowie Bewegungsförderung für jung und alt sind nur einige Stichworte. Auch eine zuverlässige Entsorgung von Müll und Abwasser gehört zum Gesundheitsschutz in unserer Stadt. Beides ist deshalb in der öffentlichen Hand besser aufgehoben als bei privaten Unternehmen. Sie sehen: Für die SPD-Fraktion gilt bei allen Entscheidungen das Motto „Die Gesundheit geht vor“.

## SPD-Fraktion warnt vor Nazi-Partei

Angesichts der Gründung der Neonazi-Partei „Die Rechte“ in Baden-Württemberg ruft die SPD-Fraktion zu erhöhter Wachsamkeit auf. Doris Baitinger: „Nach SWR-Recherchen wird der landesweite Aufbau dieser neuen Nazi-Partei gezielt aus dem Landkreis Karlsruhe gesteuert. Polizei, Verfassungsschutz, Politik und Zivilgesellschaft müssen diese Umtriebe genau beobachten und dagegen vorgehen. In Karlsruhe ist kein Platz für Feinde der Demokratie.“

## Schwerstbehinderte bekommen Hilfe

Mit einem Antrag setzt sich die SPD-Fraktion für Menschen mit schwersten Behinderungen in Karlsruhe ein. Die Stadt soll den Bedarf für eine Einrichtung zur Betreuung von schwerstbehinderten Menschen ermitteln und ein entsprechendes Konzept vorlegen. „Bisher fehlt in Karlsruhe ein solches Angebot. Immer wieder erfahren wir im Gespräch mit betroffenen Familien davon“, sagt SPD-Stadträtin Yvette Melchior, die für die SPD im Sozialausschuss des Karlsruher Gemeinderates sitzt.



„Die SPD-Fraktion steht für ein starkes städtisches Klinikum.“

Jürgen Marin, SPD-Stadtrat

# Starke Wirtschaft, starke Stadt

von Hans Pfalzgraf

Eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftsförderung ist der Schlüssel zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Karlsruhe und somit zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Standortentscheidungen von Unternehmen sind immer von der Qualität der vorhandenen Infrastruktur abhängig. Die Kommune stellt deshalb Flächen und Dienstleistungen für die Unternehmen zur Verfügung. Und sie muss dafür sorgen, dass die arbeitenden Menschen ein hohes Maß an Lebensqualität in der Stadt, in der sie arbeiten, vorfinden.

Karlsruhe ist eine prosperierende und erfolgreiche Stadt. Damit das so bleibt und Arbeitsplätze gesichert sowie geschaffen werden können, sind verschiedene Interessensgegensätze miteinander in Einklang zu bringen. Das erfordert manchmal den notwendigen Spagat. Dieser ist jedoch mit etwas gutem Willen durchaus machbar. So muss eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen anzubieten. Gleichzeitig dürfen aber ökologische Belange nicht aus dem Auge verloren werden. Deshalb wollen wir zuerst vorhandene Industrie- und Gewerbebrachen nutzen, damit Naherholungsgebiete wie die Untere Hub und die Gießbachniederung erhalten werden können.

Durch den Strukturwandel sind in Karlsruhe in den letzten 15 Jahren 20.000 Arbeitsplätze im Bereich der industriellen Produktion verloren gegangen. Wir müssen deshalb unsere Förderung von Wissenschaft und Forschung weiter hoch halten. Nur durch Innovationen und erfolgreiche Ausgründungen entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft! So bleibt Karlsruhe auch im 21. Jahrhundert ein starker Produktionsstandort. Projekte wie „Smarter-City“ und die Idee eines neuen Innovationsparks für die Produktionswirtschaft in Karls-

ruhe stehen beispielhaft dafür. Denn durch die Zusammenarbeit und Vernetzung verschiedener Akteure unter einem Dach können neue und moderne Produktionsprozesse entstehen. Dies wäre ein enormer Wettbewerbs- und Standortvorteil für Karlsruhe. Denn neben einer starken IT- und Dienstleistungsbranche geht es darum, durch die Verzahnung von Informationstechnologie mit Forschung und Entwicklung moderne Produktionsbetriebe in Karlsruhe anzusiedeln.

Aber auch die so genannten „weichen“ Standortfaktoren sind Teil einer guten Wirtschaftspolitik. Deshalb muss Karlsruhe auch weiterhin den Beschäftigten und ihren Familien ein hohes Maß an Infrastruktur anbieten: Kinderbetreuung, Naherholung, bezahlbarer Wohnraum, gute Nahversorgung in den Stadtteilen und hervorragende Mobilitätsangebote sind die Stichworte.

Alle diese Herausforderungen müssen Stadt und die Unternehmen gemeinsam meistern. Die SPD-Fraktion steht dabei für ein Miteinander. Gemeinsam mit den Unternehmen, den Beschäftigten und den Gewerkschaften wollen wir für einen starken Wirtschaftsstandort Karlsruhe sorgen. Wir stehen für einen Interessensausgleich, zum Wohl aller Akteure. Schließlich sorgt erst eine florierende Wirtschaft durch die Gewerbesteuer für die gute Finanzausstattung der Stadt Karlsruhe. Und es ist wiederum die Stadt Karlsruhe, die durch ihre vielfältigen Angebote und eine starke öffentliche Infrastruktur ein perfektes Umfeld für eine starke heimische Wirtschaft schafft. Die SPD-Fraktion sieht sich in diesem Prozess als Ansprechpartner, Ideengeber und Vermittler mit einem festen Ziel: Eine starke Wirtschaft in Karlsruhe.

## SPD-Fraktion bei Vesperkirche

Vier Wochen lang lud die Johanniskirche am Werderplatz in der Karlsruher Südstadt zum „vespern“ ein, um vor allen bedürftigen Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich ausreichend versorgen zu lassen. Das große Engagement der Pfarrerin Lara Pflaumbaum und ihres Kollegen Herrn Eger, die das Projekt mit der Unterstützung von rund 300 ehrenamtlichen Helfern umsetzte, beeindruckte die Mitglieder der SPD-Fraktion. Für einen Euro standen für die Bedürftigen neben dem Mittagessen, sowie Kaffee und Kuchen auch medizinische und soziale Betreuung bereit. Frau Pflaumbaum und Herr Eger haben mit ihrem persönlichen Engagement einen Ort des Teilens und des Miteinanders geschaffen und „das“, sagte die Pfarrerin, „kommt von Herzen“.

„Innovation und Gründungen:  
So entstehen Arbeitsplätze.“  
Hans Pfalzgraf, SPD-Stadtrat



# SPD-Fraktion: Ausbau des ZKM prüfen



Bild: © dpa/picture alliance

Die SPD-Gemeinderatsfraktion will einen Ausbau des Karlsruher Zentrums für Kunst und Medientechnologie (ZKM) prüfen lassen. In einem Antrag der SPD-Fraktion an den Karlsruher Gemeinderat heißt es, ZKM-Geschäftsführung und Stadtverwaltung sollten gemeinsam ein Nutzungskonzept und eine Kostenschätzung für den Ausbau des so genannten ‚Subraums‘ unter dem blauen Würfel des ZKM erarbeiten.

„Der ‚Subraum‘ befindet sich sechzehn Jahre nach der Eröffnung des ZKM noch immer im Rohbau. Nach einem Ausbau könnte das ZKM den Raum komplett nutzen“, erklärt die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Elke Ernemann.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger rechnet durch einen Ausbau mit bis zu 700 qm zusätzlicher Fläche für das ZKM: „Wir wollen mit unserem Antrag eine Diskussion über die Weiterentwicklung des ZKM beginnen. Dafür sollen jetzt die konzeptionellen Weichen gestellt werden.“

## Herrenalber Straße: Neues Tempolimit

Wegen der Lärmbelastigung der Anwohner und Gefährdung von Radfahrern und Schulkindern durch zu hohe Geschwindigkeiten der Autofahrer in der Herrenalber Straße haben sich SPD, Grüne und KAL bei Oberbürgermeister Mentrup erfolgreich für eine Reduzierung der erlaubten Geschwindigkeit auf 50 km/h stark gemacht.

Die positive Rückmeldung des Oberbürgermeisters nimmt die SPD-Fraktion daher zufrieden auf. „Wir sind froh, über eine sehr schnelle Durchsetzung unseres Anliegens berichten zu können“, erklärt Stadträtin Gisela Fischer.

Während die Geschwindigkeit in der Herrenalber Straße auf Tempo 50 reduziert wurde, konnte auch dem zweiten Wunsch, einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 in der Kriegsstraße West, nachgekommen werden. Diese gilt ab sofort nicht mehr nur nachts, sondern auch tagsüber. Dort führten vor allem milderer Straßenbelag und die Schluchtwirkung der Straße zu einer enormen Lärmbelastigung der Anwohner.

Die neu eingeführten Geschwindigkeitsbegrenzungen auf beiden Abschnitten sollen nun zu weniger Lärm und einer allgemeinen Entlastung der Anwohner beitragen.



„Karlsruhe ist eine Kulturstadt.  
Dafür steht die SPD-Fraktion.“

Elke Ernemann, SPD-Stadträtin